

# Anhang H zur Arbeitshilfe zur Berücksichtigung des Menschenrechtskonzepts im Portfolio der deutschen Entwicklungszusammenarbeit („Menschenrechtsleitfaden“)

## Nachhaltige Stadtentwicklung, Verkehr/Mobilität

### 1. Die wichtigsten Menschenrechtsstandards

Die Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere der Zugang zu Basisdienstleistungen, hängt für **über die Hälfte der Weltbevölkerung** von der Gestaltung und Entwicklung des urbanen Lebensraums ab.

Nachhaltige Stadtentwicklung **berührt zahlreiche menschenrechtliche Standards**, wie zum Beispiel die Rechte auf Gesundheit, Wasser, Sanitärversorgung, Nahrung, Bildung oder einen angemessenen Lebensstandard sowie das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Auch Beteiligungs- und Eigentumsrechte sind relevant. Besondere Bedeutung kommt überdies dem Recht auf angemessene Unterkunft („**Recht auf Wohnen**“) zu. Eine nachhaltige und inklusive Stadtentwicklung erfordert, diese Rechte

insbesondere für Personen und Gruppen zu fördern, die bislang keinen (ausreichenden) Zugang zu städtischen Dienstleistungen und Partizipation an lokaler Entwicklung haben.<sup>1</sup>

**Mobilität** ermöglicht den Zugang zu Märkten, Arbeitsplätzen, Bildung und Gesundheit und ist damit eine **wichtige Voraussetzung für die Realisierung vieler Menschenrechte** im städtischen wie im ländlichen Raum. Bei Konzeption und Bau von Verkehrsinfrastruktur ist auf menschenrechtliche Standards und Prinzipien sowie auf Gleichstellung und Inklusion besonders zu achten.

### 2. Ansätze für die Stärkung der Menschenrechtsprinzipien (Auswahl)

#### ➔ Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit:

Um Stadtentwicklung und Mobilität inklusiv zu gestalten, können EZ-Vorhaben Partnerländer dabei unterstützen,

- **nationale Menschenrechtsstrategien** in städtische Aktionspläne und Maßnahmen umzusetzen; dabei ist eine gezielte soziale und ökonomische Einbindung informeller Stadtgebiete besonders wichtig, zum Beispiel durch öffentliche **Investitionen in benachteiligte Viertel**.
- dass alle Bewohner\*innen einen **zielgruppengerechten und barrierefreien Zugang** zu städtischen Basisdienstleistungen und qualitativ hochwertigen öffentlichen Räumen erhalten; dies umfasst:
- eine barrierefreie und gendergerechte Gestaltung und Bauweise **öffentlicher Räume** (inklusive Grünflächen) unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten;
- den Zugang zu zielgruppengerechten **Informationsangeboten**;
- zielgruppenspezifische **Versorgungsansätze** und differenzierte Finanzierungsmöglichkeiten, zum Beispiel angepasste sozialverträgliche Tarife für kommunale Dienstleistungen oder staatliche Sozialleistungen, inklusive des öffentlichen Nahverkehrs.

<sup>1</sup> Zielgruppen sollten in all ihrer Diversität betrachtet werden, da Menschen aufgrund verschiedener Merkmale diskriminiert werden können, die sich überschneiden und gegenseitig verstärken.

- die **Wohnungsgesetzgebung und -politik menschenrechtsbasiert** zu gestalten; dazu gehört, prekäre Wohnverhältnisse gezielt zu verbessern und sozialen Wohnraum auszubauen, die Klärung von Besitzverhältnissen und Landregistrierung in informellen Siedlungen kontextsensibel zu unterstützen und den Zugang zu Grundeigentum für benachteiligte Personen wie Frauen oder Indigene Völker zu fördern.
- eine **inklusive Infrastruktur und Mobilität** sowie barrierefreie Tür-zu-Tür-Mobilitätsketten für alle Menschen sicherzustellen, die in Armut lebenden Personen und marginalisierten Gruppen zugutekommen und nachhaltig sind.
- den **Schutz von besonders benachteiligten Personen und Gruppen sicherzustellen**, zum Beispiel in der Verkehrsinfrastruktur (etwa durch ausreichende Straßenbeleuchtung gegen geschlechtsbasierte Gewalt) und Verkehrserziehung (Rücksichtnahmegebote gegenüber Menschen mit Behinderungen, Schulungen zum Schutz von Kindern).

### → Partizipation und Empowerment:

Um lebenswerte Städte und eine inklusive Verkehrspolitik für alle zu schaffen, ist die Beteiligung von in Armut lebenden und strukturell benachteiligten Menschen in Planungsprozessen essenziell. EZ-Vorhaben können nationale und lokale politische Entscheidungsträger\*innen dabei unterstützen,

- inklusive und repräsentative **Beteiligungs- und Planungsprozesse** durch Dialogforen zu institutionalisieren, zum Beispiel in der Stadtentwicklungsplanung oder beim Katastrophenrisikomanagement.
- die **Repräsentation von Frauen und benachteiligten Gruppen** wie jungen Menschen in städtischen Parlamenten und Stadtverwaltungen zu verbessern (zum Beispiel durch Jugendausschüsse, Trainings und Maßnahmen zu Empowerment).
- **lokale Selbstvertretungsinitiativen** benachteiligter Gruppen einzubeziehen (zum Beispiel Kinder-, Jugend- und Frauenorganisationen, Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen, LGBTIQ+ Personen, Flüchtlingen).

### → Transparenz und Rechenschaftspflicht:

Transparentes Management und konsequente Rechenschaftslegung sind Voraussetzung für informierte Partizipation und die Minderung von Korruption zum Beispiel bei Infrastrukturprojekten. EZ-Vorhaben können die Partnerregierung dabei unterstützen,

- Rechenschaft abzulegen, zum Beispiel durch **disaggregiertes Ausgabenmonitoring** nach Geschlecht, Stadtviertel, Alter etc.
- Rechenschaftslegung und transparente Verfahren insbesondere zur städtischen Raum- und Flächen-nutzungsplanung (unter anderem transparente Vermessung und Klärung von Grundeigentums-rechten) sicherzustellen.
- die betroffene Bevölkerung bei **Bau- und Infrastrukturprojekten** umfassend und frühzeitig zu informieren, Rechenschaft abzulegen (beispielsweise durch Sozialaudits) sowie wirksame Kontroll- und Beschwerdemöglichkeiten gemäß Prinzip 31 der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (siehe [Kapitel 1.2.3](#)) zugänglich zu machen.

### 3. Häufige Menschenrechtsrisiken

#### → Benachteiligung bestimmter Personen und Gruppen:

- **im Zuge von Verdrängungseffekten** durch Straßenbau, Gentrifizierung, Privatisierung, Tourismus, sonstige lokale Kostensteigerungen, wenn eine Aufwertung von Stadtvierteln oder Dienstleistungsverbesserungen ohne sozialen Ausgleich erfolgen;
- bei massiven **Gesundheitsrisiken** für marginalisierte Gruppen durch die Zerstörung und Fragmentierung von Ökosystemen durch Infrastrukturprojekte oder durch unzureichenden Zugang zu Basisdienstleistungen (insbesondere sauberes Wasser, Sanitäranlagen);
- durch Vernachlässigung von sozioökonomisch **benachteiligten Stadtvierteln und ländlichen Siedlungen** bei der (Stadt-) **Entwicklungs- und Verkehrsplanung**, unzureichende Information und mangelnde Transparenz von Verfahren und Entscheidungen über Infrastrukturen;
- **bei mangelnder Barrierefreiheit und nicht gendergerechter Stadt- und Verkehrsplanung** inklusive entsprechender Sicherheitsrisiken.

#### → Beeinträchtigung von Partizipationsrechten:

- **der ansässigen Bevölkerung**, insbesondere marginalisierter Personen, bei der Planung von Infrastruktur- und Baumaßnahmen (in Bezug auf Indigene Völker insbesondere FPIC);
- durch den (faktischen) **Ausschluss bestimmter Gruppen** von der politischen Teilhabe.

#### → Unfreiwillige Umsiedlungen:

- durch **Intransparenz bei Entscheidungsprozessen, Verletzung des Rechts auf angemessene Beteiligung und/oder Entschädigungen**, zum Beispiel im Kontext von Klimaanpassungsmaßnahmen, Verkehrsinfrastrukturprojekten, Verkauf und Verpachtung von Land etc.

#### → Beeinträchtigung von Arbeitsrechten:

- beim Ausbau von (Verkehrs-) **Infrastruktur**.

## 4. Relevante Dokumente

- Das Menschenrecht auf angemessene Unterkunft ist in Art. 11 des VN-Sozialpakts festgelegt. Der VN-Ausschuss zum Sozialpakt führt es in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 4 weiter aus.
- OHCHR, 2020: Policy Guidelines for Inclusive Sustainable Development Goals: Sustainable Cities and Communities.
- VN-Habitat, 2017: Human Rights in Cities Handbook Series Volume I.
- VN-Habitat Urban Legal Case Studies, 2020: Human Rights, Rule of Law and the New Urban Agenda.
- World Bank, 2020: Handbook for Gender-Inclusive Urban Planning and Design.
- UNICEF, 2018: The challenge for children and young people of growing up urban.
- United Nations Disaster Risk Reduction, 2015: Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015 - 2030.
- VN-Habitat: Overview Housing Rights.
- WHO, 2018: Housing and Health Guidelines.